

### Spanier demonstrieren für Arbeitsplätze



Bis zu 50 000 Menschen haben am Donnerstag in Madrid für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der schweren Wirtschaftskrise demonstriert. Die Kundgebung in Spanien bildete den Auftakt einer dreitägigen Protestserie in europäischen Hauptstädten. „Gegen die Krise, Beschäftigung zuerst“ war auf Plakaten zu lesen. Die Kundgebungen sollen am Freitag in Brüssel und am Samstag in Berlin und Prag fortgesetzt werden. Aufgerufen hat der Europäische Gewerkschaftsbund ETUC. Ebenfalls am Donnerstag gingen auch in Bukarest rund 4000 Menschen für höhere Löhne und sichere Arbeitsplätze auf die Straße. „Die Arbeitslosigkeit steigt, und die Regierung kneift“, sagte Gewerkschaftsführer Vasile Zaborila. Die Demonstranten beschimpften das Parlament und die Regierung als „Diebe“. Rumänien soll internationale Kredite in Höhe von 20 Mrd. € erhalten, die Gewerkschaften halten der Regierung aber vor, nicht genug für die Sicherung gefährdeter Jobs zu tun. AP, FTD

### Polen will EU-Integration der Türkei beschleunigen

Polen will während seiner EU-Präsidentschaft 2011 die Integration der Türkei in die europäische Gemeinschaft beschleunigen. Das kündigte Polens Ministerpräsident Donald Tusk nach einem Gespräch mit seinem türkischen Kollegen Recep Tayyip Erdogan am Donnerstag in Warschau an. „Wir beide glauben an ein baldiges und positives Finale des Beitrittsprozesses der Türkei zur Europäischen Union“, sagte Tusk. Die polnische EU-Präsidentschaft solle dabei ein „deutliches Zeichen der Beschleunigung“ setzen. Ankara habe seit einem halben Jahrhundert „begründete Ambitionen“ auf die EU-Mitgliedschaft. Es dürften keine neuen Kriterien aufgestellt werden, sagte Tusk. Erdogan lehnte eine „privilegierte Partnerschaft“ für sein Land ab. Noch vor wenigen Tagen hatten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy gegen den EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen. DPA, FTD

### Politiker in Ungarn nach Müllaffäre verurteilt

Ein ungarischer Bürgermeister muss wegen illegaler Müllimporte aus Deutschland ins Gefängnis. Das Stadtgericht von Kecskemet verurteilte den Politiker aus der südungarischen Gemeinde Kunbaja am Donnerstag zu einer Haftstrafe von anderthalb Jahren. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er gegen das Abfallwirtschaftsgesetz verstieß, als er zwischen Juni und Dezember 2006 rund 4000 Tonnen Plastikmüll aus Bayern und Baden-Württemberg einfuhrte und auf 20 illegale Deponien verteilte. Dafür soll er laut der Urteilsbegründung 320 000 € erhalten haben. Die Richter verurteilten weitere 15 Personen, darunter die Ehefrau des Politikers, zu Bewährungs- und Geldstrafen. Der Skandal hatte auch in Deutschland Aufsehen erregt, als bekannt wurde, dass Abfallfirmen aus vier Städten darin verwickelt waren. DPA

### Iran schickt zwei Schiffe in Piratenkrieg

Der Iran hat zwei Kriegsschiffe zum Kampf gegen die somalischen Piraten entsandt. „Die Aufgabe dieser Kriegsschiffe besteht darin, iranische Handelsschiffe und Öltanker vor Piratenangriffen zu schützen“, berichteten staatliche Medien am Donnerstag. Der Einsatz im Golf von Aden solle fünf Monate dauern. Im Januar hatten Piraten ein iranisches Schiff, das Weizen nach Deutschland bringen sollte, kurze Zeit festgehalten. Ein anderes iranisches Schiff soll sich weiter in der Gewalt der Seeräuber befinden. Die Regierung in Teheran hatte bereits im Dezember die Entsendung eines Kriegsschiffes angekündigt. Ob dieses noch vor Ort ist, ist unklar. Am Golf von Aden ist eine internationale Flotte im Einsatz, um Überfälle auf Schiffe zu unterbinden. REUTERS

# Mit Bodyguard in den Wahlkampf

DANIELA SCHRÖDER

Gornji Grad ist ein Schmuckstück. Die Adelspaläste im Altstadtviertel der kroatischen Hauptstadt Zagreb beherbergen Kunstsammlungen und Museen, abends scheinen Gaslampen auf die kopfsteingepflasterten Straßen. Auch das Haus Nummer 15 in der Jurjevska-Straße wirkt beschaulich. In seinem Inneren aber gärt es. „In so einer Stadt kann ich nicht leben“, sagt Josip Kregar.

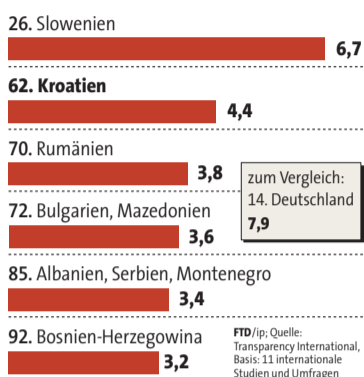
Seit Jahren kämpft der Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Zagreb gegen Korruption und Vetternwirtschaft im Land. Als Politikberater entwarf er Verwaltungsreformen für Städte und Gemeinden. Nun will der 56-Jährige selbst an die Macht: Am kommenden Sonntag kandidiert er für das Bürgermeisteramt von Zagreb.

So sehr Kregar bei der Wahl als Außenseiter antritt, so allgegenwärtig ist die Korruption in dem Land, das so gern EU-Mitglied werden möchte. Auf dem Index von Transparency International, deren Kroatien-Ableger Kregar einst leite-

Kroatien drängt in die EU. Doch die Korruption hat das Land fest im Griff. Jetzt will in Zagreb ausgerechnet ein Ex-Chef von Transparency International Bürgermeister werden

#### Nachzügler in Europa

Platzierung im Korruptionsindex nach Einschätzung von Politikern und Analysten, Skala von 0 (max.) bis 10 (keine)



te, teilt sich das Land mit Tunesien und Samoa Platz 62 von 180. Die Affären reichen von der durchsichtigen Vergabe öffentlicher Aufträge hin zu gefälschten Papieren beim Verkauf von Verwaltungseigentum. Immer wieder geht es um windige Geschäfte und dubiose Verbindungen von Politikern. „Ob Regierungsbeamte oder Minister – überall haben Menschen auf unerklärliche Weise ein Vermögen angehäuft“, sagt die Antikorruptionsaktivistin Natasha Srdoc.

Immerhin hat Kroatien sich in dem Index schon um einige Plätze verbessert. Im vergangenen Herbst besetzte Premierminister Ivo Sanader zwei Schlüsselämter neu: Innenminister wurde der Chef des Geheimdienstes, Justizminister der Jura-Professor und frühere UNO-Botschafter Ivan Simonovic. Beide sind parteilos, was ihnen die nötige Unabhängigkeit verschaffen soll.

Simonovic kam ins Amt, nachdem in der Innenstadt von Zagreb eine junge Rechtsanwältin in ihrem Treppenhaus erschossen worden war und die Wut und Empörung groß waren. Fortan erklärte er den

Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen zur Priorität. Der Mordfall machte den Kroaten bewusst, wie sehr ihr Land von kriminellen Banden bestimmt ist, die sich während des Kriegs in den 90er-Jahren und des internationalen Embargos etablieren konnten. Weil es keine Handelserlöse gab und Waffenkäufe verboten waren, blühte auf dem Balkan der Schmuggel. Die Kriminellen von gestern sind heute steinreiche Unternehmer.

„Die Menschen tolerieren korruptes Verhalten immer weniger“, sagt Vesna Pusic, Sprecherin der linksliberalen Oppositionspartei HNS. Allerdings wird es ihrer Ansicht nach „noch eine weitere Generation von Regierungspolitikern brauchen, bis wir die Korruption im Griff haben“.

Darauf aber kommt es vor allem der EU an, die mit Kroatien seit drei Jahren Beitrittsgespräche führt. Der Fortschritt der Verhandlungen wird auch davon abhängen, ob politi-

sche Ämter allein nach Loyalität zur Parteispitze verteilt werden, wie es Bürgermeisterkandidat Kregar beklagt. „Alles in dieser Stadt wird hinter verschlossenen Türen entschieden“, sagt er. Auch in den Top-etagen werde geschmiert und in die eigene Tasche gewirtschaftet. Ein ehemaliger Außenminister bestätigt, wie leicht es gewesen sei, den Dienstwagen gegen ein Upgrade einzutauschen.

Kregar sieht den Einfluss des organisierten Verbrechens auf die Alltagsgeschäfte von Staat und Wirtschaft eher wachsen als schwinden. „Organisiertes Verbrechen hat

sich zu einem normalen Wirtschaftszweig entwickelt“, sagt er. „Unsere Gesellschaft ist nicht entschieden genug in der Verurteilung des Verbrechens.“ Das hört nicht gern, wer etwas zu sagen hat in Kroatien. Er sei schon bedroht worden, sagt Kregar. Sollte er in die zweite Wahlrunde kommen, will er sich einen Leibwächter zulegen.



Will in Zagreb aufräumen: Josip Kregar



### Allein unter Milchbäuerinnen

Wahlkampf helfer Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat sich hinter die Anliegen der Milchbäuerinnen gestellt und eine Rücknahme der EU-Milchmengenerhöhung gefordert. „Es macht keinen Sinn, erst die Menge heraufzusetzen und dann die Bauern zu subventionieren“, sagte der CSU-Chef am Donnerstag in Berlin bei einem Gespräch mit den vor dem Kanzleramt protestierenden Milchbäuerinnen. Er warf dem Einzelhandel Unehrlichkeit vor. „Die Supermärkte haben ihr Wort nicht gehalten.“ Die Milchbauern müssten von dem, was sie produzieren, leben können. Seehofer hofft nach eigenen Angaben, dass Vertreter des Kanzleramts Kontakt zu den Bäuerinnen aufnehmen. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) plant jedoch nicht, den Forderungen nach einem Treffen nachzukommen. Seit Montag demonstrieren rund 250 Milchbäuerinnen vor dem Kanzleramt. Seit Mittwoch sind sechs von ihnen im Hungerstreik. DPA

## EU-Gegner Klaus bleibt Gipfel fern

Tschechiens Interimspremier leitet Verhandlung · Gute Aussicht auf Garantien für Irland

VON WOLFGANG PROISSL, BRÜSSEL

Der europafeindliche Präsident Tschechiens, Vaclav Klaus, wird den entscheidenden EU-Gipfel Mitte Juni nicht leiten. Klaus und der neue tschechische Interimspremier Jan Fischer einigten sich am Mittwochabend in Prag darauf, dass die Verhandlungsführung beim Regierungschef liegen solle.

Der Präsident habe „volles Vertrauen“ in Fischer und „keine Zweifel, dass er die Rolle erfolgreich ausfüllen wird“, hieß es in einer Stellungnahme des Präsidialamts.

Mit der Entscheidung steigen die Chancen, dass die irische Regierung bei dem Brüsseler Treffen am 18. und 19. Juni die Garantien erhält, die sie für ein aussichtsreiches zweites Referendum über den Lissabon-Vertrag im Herbst braucht. In der EU hatte es die Befürchtung gegeben, Klaus könne die Gipfelleitung an sich reißen und seine Position dazu missbrauchen, eine Einigung über die Garantien zu torpedieren.

Die Frage der Gipfelleitung war offen, nachdem der tschechische Premier Mirek Topolánek während der EU-Ratspräsidentschaft seines Landes gestürzt und durch eine Übergangsregierung aus Technokraten ersetzt wurde. Irland ist das einzige Land, in dem die Ratifizierung des Reformvertrags nach einer gescheiterten Volksbefragung noch völlig offen ist. Das Regelwerk tritt nur in Kraft, wenn es alle Mitgliedsländer ratifiziert haben.

EU-Diplomaten zufolge fordert die irische Regierung die Zusage in einem Protokoll, wonach der Lissabon-Vertrag keine Auswirkungen auf Irlands Steuersouveränität, die traditionelle Neutralität und das strenge Abtreibungsrecht hat. In der Sache ändert ein solches Protokoll nichts, da der Vertrag in diesen Bereichen nichts ändert. Dennoch ist ein solches Protokoll für die Regierung in Dublin wichtig, weil die Vertragsgegner in ihrer Kampagne behaupten, die neuen Regeln brächten hier tief greifende Neuerungen.

Dennoch gibt es in einigen Ländern Widerstand gegen ein solches Dokument. Denn ein Protokoll ist eine Veränderung des Primärrechts, die von allen EU-Staaten zu einem späteren Zeitpunkt ratifiziert werden muss. Das könnte Begehrlichkeiten wecken zu weiteren Nachverhandlungen. So fürchten Diplomaten, Großbritannien könnte neue Forderungen stellen oder auch Spanien. Die Regierung in Madrid glaubt etwa, bei der Zahl der spanischen Europaparlamentarier im Lissabon-Vertrag schlecht bedient worden zu sein. Die Ratifizierung eines Irlandprotokolls wäre da eine gute Gelegenheit, die Zustimmung an eine höhere Abgeordnetenzahl zu knüpfen.

Die tschechische Präsidentschaft und Irland wollen unübersichtliche Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs beim Gipfel vermeiden. Deshalb hat ein Team von Juristen in bilateralen Kontakten mit den einzelnen Regierungen an dem Protokolltext gearbeitet. Sie wollen den Inhalt des Dokuments beim Außenministertreffen am 15. Juni beschließen und beim Chefipfel nur noch durchwinken lassen.

## Freiflug ins Schweinegrippeland

Mexikos Hotels erklären sich für grippefrei. Falls sich doch ein Gast infiziert, bekommt er eine zweite Reise geschenkt – zum selben Ort

MATTHIAS KNECHT

Ginge es nach Mexikos Gesundheitsminister José Ángel Córdova, könnten die ausländischen Touristen wiederkommen. Drei Wochen, nachdem der Ausbruch der Schweinegrippe Mexiko und die ganze Welt in Panik versetzte, hat er die Strände seines Landes für virusfrei erklärt. „Die touristischen Orte in Mexiko sind sicher.“

Damit die Touristen das glauben, haben Mexikos Hoteliers sich die Grippefreigarantie ausgedacht: Wer sich während der Ferien in Mexiko anstecken sollte, erhält Ersatzferien geschenkt. „Ohne zusätzliche Kosten bieten wir eine mit den gebuchten Ferien identische Reise an, drei Jahre lang gültig und einschließlich der Transportkosten“, versichert

Hotelunternehmer Fernando Garcia. Acht Hotelketten mit insgesamt 5000 Betten haben sich der Garantie angeschlossen. Weitere sollen folgen.

Nach drei Wochen Schweinegrippe-Alarm ist Mexikos Tourismus laut offiziellen Schätzungen um 85 Prozent eingebrochen. Tourismusminister Rodolfo Elizondo kündigte bereits ein rund 330 Mio. \$ schweres Hilfsprogramm für die Branche an, die bisher acht Prozent von Mexikos Wirtschaftsleistung ausmachte.

Neues Ungemach droht den Hoteliers nun von Mexikos Erziehungsministerium. Es verkürzte die kommenden Sommerferien um 13 Tage, um die durch die Schulschließung während der Grippeepidemie verlorenen Unterrichtstage nachzuholen. Rafael Armendáriz, Präsident von Mexikos Hotelvereinigung, befürchtet einen Einbruch des inländischen Tourismus. „Das versetzt uns den Gnadestöß“, klagt Armendáriz und warnt: „Indem die Ferien verkürzt werden, werden Tausende von Mexikanern zur Arbeitslosigkeit verurteilt.“